

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15



Inhalt

Vorschläge für die Arbeit der SPD entwickelt **Detlev von Larcher MdB**: Den Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen suchen.

Seite 1

Die berufliche Bildung in der EU sieht **Barbara Weiler MdEP** weiterhin auf Sparflamme: Das "Leonardo da Vinci"-Projekt enttäuscht.

Seite 3

Dokumentation:
Stellungnahme des **SPD-Präsidiums** zu den Ergebnissen des Europäischen Rates von Essen.

Seite 4

49. Jahrgang / 236 / 13. Dezember 1994

Die Arbeit am Zukunftsprojekt aufnehmen

Die SPD muß den Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen suchen

Von **Detlev von Larcher MdB** *

Die SPD muß jetzt nach dem Wahljahr intensiv die Arbeit an dem Zukunftsprojekt sozial-ökologische Industriegesellschaft aufnehmen. Sie muß die Reformschritte, die zu diesem großen Zukunftsprojekt führen, so formulieren, daß sie für die Menschen erkennbar attraktiv sind.

Notwendig ist dazu ein breiter gesellschaftlicher Diskurs. Denn nur wenn in der Bevölkerung der Druck nach Reformen unverkennbar hoch ist, sind die dafür notwendigen Schritte gegen die mächtigen Interessen und verfestigten Strukturen durchzusetzen.

Diesen Diskurs anzustoßen und mit den gesellschaftlichen Gruppen zu führen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der SPD in den kommenden zwei Jahren.

Dieses Fazit ziehe ich nach dem routinemäßigen Vierteljahrestreffen des Frankfurter Kreises am vergangenen Samstag in Bonn.

An diesem Treffen nahmen vom Einladerkreis das Präsidiumsmitglied Christoph Zöpel, Eckart Kuhlwein, die ASF-Vorsitzende Karin Junker, der Juso-Bundesvorsitzende Thomas Westphal, zahlreiche Leiter der Arbeitsgruppen des Frankfurter Kreises sowie Vertreter der meisten Bezirks- und Landesverbände der SPD teil.

Als wichtigste Teilprojekte, die zu parlamentarischen und außerparlamentarischen Initiativen der SPD führen sollen, nenne ich:

- den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, das heißt das Schaffen von Rahmenbedingungen, die zu umweltverträglichen Produktionsverfahren und Produkten führen;

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.



- die ökologische Steuerreform in Verbindung mit einer tiefgreifenden Steuervereinfachung. Ziel ist hier ein durchsetzbares, sozial gerechtes Steuersystem, von dem starke Impulse zum ökologischen Wirtschaften und zu ökologieverträglichem Verhalten der Menschen ausgehen und das zugleich die notwendigen Einnahmen des Staates sozial gerecht absichert,
- eine Staatsreform, die zu einer nutzerfreundlichen, kundenorientierten und effektiven Verwaltung führt,
- den Ausbau unseres sozialen Leistungsgesetzes, das die Lebensrisiken Krankheit, Arbeitslosigkeit, soziale Not, Alter und Pflegebedürftigkeit auch in Zukunft effektiv absichert;
- der weitere Ausbau in Ostdeutschland gehörte ebenso dazu wie die Konzipierung einer modernen Friedens- und Sicherheitspolitik in einer völlig veränderten Welt ohne Blockkonfrontation.

Um diese Ziele zu erreichen, ist aktives staatliches Handeln so notwendig wie private Initiative.

Eine Laissez-faire-Politik wie die der Bundesregierung, der nur Privatisierung und Stellenabbau im öffentlichen Dienst einfällt, die dafür sorgt, daß die Reichen immer reicher werden und die Armut auch in Deutschland immer mehr zunimmt und die nach dem Motto handelt: Die Wirtschaft wird in der Wirtschaft gemacht, ist verantwortungslos gegenüber den jetzt Lebenden, noch mehr jedoch gegenüber zukünftigen Generationen. Eine ausschließlich nach betriebswirtschaftlichen Interessen organisierte Wirtschaft führt zwangsläufig zu wachsender Arbeitslosigkeit, zunehmender sozialer Spaltung der Gesellschaft im Innern und zu weiterer Vertiefung der Armut der sogenannten dritten Welt sowie der Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit.

Deshalb muß der Staat im Interesse des Allgemeinwohls ordnend eingreifen.

Dabei gibt es allerdings noch nicht gelöste Probleme angesichts der zunehmenden Globalisierung der Märkte und der Wirtschaft. Der einst segensreiche wohlfahrtsstaatliche Keynesianismus im nationalen Rahmen funktioniert nicht mehr. Supranationale Verabredungen und Steuerungsinstrumente sind notwendig, zunächst zunehmend im europäischen Rahmen.

Die Linke in der SPD wird darauf drängen, daß die so skizzierte Reformarbeit von der gesamten SPD aufgenommen wird.

Auch die große Frühjahrstagung des Frankfurter Kreises Mitte Februar 95 wird im Zeichen dieser Reformdebatte stehen.

Bei dem jüngsten Treffen hat auch die öffentliche Diskussion um den Mißbrauch der Sozialhilfe eine Rolle gespielt. Die Debatte darf nicht so geführt werden daß sich die Opfer unserer Art zu wirtschaften, verhöhnt fühlen müssen. Dies sei zutiefst unmoralisch.

Im Gesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion zu einem Arbeitsmarkt- und Strukturförderungsgesetz muß es sehr gute Ansätze zum Stichwort Modernisierung und Absicherung des Sozialstaates. Daran müsse weiter gearbeitet werden.

(-/13. Dezember 1994/rs/tr)

* Der Autor ist Koordinator des "Frankfurter Kreises"

Berufliche Bildung in der Europäischen Union weiter auf Sparflamme
Ministerrats-Entscheidung "Leonardo da Vinci" enttäuscht

Von Barbara Weiler MdEP
Mitglied des EP-Sozialausschusses

Das neue Programm der Europäischen Union "Leonardo da Vinci" zur Förderung der europaweiten beruflichen Bildung wurde am 6. Dezember 1994 von den Arbeits- und Sozialministern der EU-Mitgliedstaaten verabschiedet.

Damit werden die Artikel 126 und 127 des Maastrichter Vertrags umgesetzt, die der europäischen Union Kompetenzen auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung einräumen. Aktivitäten, die bisher unter die Ende dieses Jahres auslaufenden Programme COMETT (Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft im Bereich der Aus- und Weiterbildung), PETRA (berufliche Erstausbildung), FORCE (berufliche Weiterbildung) und EURÓTEC-NET (Innovation) fielen, werden ab dem 1. Januar 1995 im Rahmen dieses neuen Programms fortgeführt.

Mit LEONARDO unterstützt die Europäische Union nationale Maßnahmen im Bereich der qualitativen Verbesserung der Berufsbildungssysteme (transnationale Pilotprojekte, transnationale Vermittlung von Jugendlichen in der beruflichen Erstausbildung und von jungen Arbeitnehmern) Innovationen auf dem Berufsbildungsmarkt und die Aktionen zur Förderung der europäischen Dimension der beruflichen Bildung durch Netzwerke, Fremdsprachenkenntnisse etc.

Die finanzielle Ausstattung von LEONARDO ist jedoch enttäuschend. Der Ministerrat hat den Budgetvorschlag der Kommission von rund 800 Millionen ECU auf nur noch 620 Millionen ECU reduziert. Dadurch wird das Fünf-Jahres-Programm LEONARDO zu einem Tropfen auf den heißen Stein. Die Förderung der beruflichen Bildung ist eine wesentliche Investition in die wirtschaftliche, soziale und wettbewerbliche Zukunft Europas. Es ist ein großer Fehler, ausgerichtet hier den Roststift anzusetzen.

Das Europäische Parlament und die Kommission hatten gefordert, die von LEONARDO angestrebten Zielsetzungen der Gemeinschaft auch zur Bezugsgrundlage der nationalen Berufsausbildungen zu erklären. Darauf ging der Ministerrat nicht ein. Eine Annäherung der Ziele unter Berücksichtigung der eigenständigen nationalen Berufsausbildungssysteme wäre jedoch durchaus sinnvoll gewesen.

Besondere Kritik verdient die eingeschränkte Rolle der Sozialpartner. Diese sind nach Beschluß des Ministerrates nun zwar in gleicher Anzahl wie die Regierungsvertreter im Gemischten Verwaltungs- und Beratungsausschuß vertreten, haben jedoch dort nur Anhörungsrecht. Wir hätten eine wirkliche Mitwirkung der Sozialpartner in diesem Gremium sehr befürwortet, denn dadurch wäre die Verantwortung der Arbeitgeber für die Berufsausbildung deutlich geworden.

(-/13. Dezember 1994/rs/fr)

DOKUMENTATION

Die Deutsche Präsidentschaft hat entschieden zu wenig erreicht

Zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Essen hat das Präsidium der SPD unter Vorsitz von Rudolf Scharping eine Erklärung verabschiedet. Wortlaut:

Die wenig konkreten Ergebnisse des Europäischen Rates von Essen weisen mit Ausnahme der erstmaligen Beteiligung mittel- und osteuropäischer Staats- und Regierungschefs nicht über den Tag hinaus. Dies war vielmehr der Gipfel der Symbole und Gesten. Europäische Politik braucht stattdessen aber nachvollziehbare und umsetzungsfähige Ergebnisse, damit die Legitimation der Europäischen Integration bei den Menschen nicht noch weiter abnimmt. Die Deutsche Präsidentschaft hat hier entschieden zu wenig erreicht.

Die Beschlüsse zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind lediglich allgemeine Erklärungen, deren Umsetzung an die Regierungen der Mitgliedstaaten delegiert wird. Für die Transeuropäischen Netze, deren Verwirklichung eine spürbare Beschäftigungsförderung bedeuten würde, bleibt die Finanzierung weiter offen.

Die wesentlichen Fragen hinsichtlich der Erweiterung um die ost- und mitteleuropäischen Staaten sind von den Regierungschefs ausgeklammert worden. Einigkeit besteht nur in dem Punkt, daß die Grundlagen der Erweiterung durch die Ergebnisse der vorgesehenen Regierungskonferenz zur Überprüfung des Maastricht-Vertrages gelegt werden sollen. Da bisher keine Übereinstimmung über die Notwendigkeit finanzieller Reformen in der Gemeinsamen Agrarpolitik und den Strukturfonds besteht, stellt sich massiv die Frage nach der Finanzierbarkeit der Osterweiterung. Da kein Zeitplan über die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten beschlossen wurde, steht zu erwarten, daß die Osterweiterung weit über die Jahrhundertwende hinausgeschoben werden wird.

Der Abschluß einer Konvention zu EUROPOL ist auf den Gipfel zum Ende der französischen Ratspräsidentschaft verschoben worden. Damit kann EUROPOL seine Arbeit immer noch nicht im nötigen Maß aufnehmen. Innenminister Kanther hat weitreichende Ankündigungen gemacht, aber letztlich den Abschluß nicht erreicht. Damit ist auch fraglich, wann EUROPOL die Zuständigkeiten für die Bekämpfung der Kraftfahrzeugverschlebung, der Nuklearkriminalität und der illegalen Einschleusung übernehmen kann.

Das Präsidium der SPD dankt dem scheidenden Präsidenten der Europäischen Kommission, Jacques Delors. Die gewaltigen Fortschritte, die die Europäische Einigung unter anderem mit dem Binnenmarkt gemacht hat, sind sein Verdienst. Dabei hat sich Jacques Delors als visionärer Europäer und Sozialdemokrat par excellence erwiesen. Wir zählen weiter auf seinen Rat.

(-/13. Dezember 1994/rs/fr)
